

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Regulierungspreis: Die Nebengebühren für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Halbpennige, aus anderen Gegenden 25 Halbpennige, National-Anzeiger 30 Halbpennige, amtliche Zeile 20 Halbpennige.

Telegramm: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 221

Dienstag, den 22. September 1925

20. Jahrgang

### Ein fertiges Paktdokument.

Paris, 20. Sept. Die „Chicago Tribune“ macht die höchst auffällige, von allen Pariser Sonnabend-Abendblättern übernommene und amtlich nicht wider-rufene Mitteilung, daß zwischen Deutschland, Frankreich und England über den Pakt bereits ein vollkommenes Einverständnis besteht, und daß der Pakt, wie er in den bisherigen Erörterungen besprochen wurde, zweifellos ohne Änderungen von der Paktkonferenz Anfang Oktober angenommen werde. Das Dokument sei sehr kurz. Es enthalte weniger als 500 Worte und beschränke sich auf die Darlegung allgemeiner Grundsätze. Das Hauptmerkmal des Dokumentes sei, daß es den Versailler Vertrag praktisch zur Seite schiebe und ihn nicht einmal erwähne. Es spricht in diesem Zusammenhang lediglich von den neutralisierten oder entmilitarisierten Zonen in Deutschland. Während der Versailler Vertrag Deutschland noch als besiegte Nation behandelt und die Führer Deutschlands als Kriegsverbrecher ansieht, ist davon in dem Pakt keine Rede mehr. Es herrscht in ihm vollkommene Gleichheit zwischen allen Signatarmächten. Die Garantie Englands ist vollkommen gegenseitig. Zwangsmaßnahmen können gegen jedes Land angewandt werden, das die Bestimmungen des Paktes verletzt. Außerdem verpflichten sich die Unterzeichner des Paktes, sich unter die Autorität des Völkerbundes zu stellen, und selbst im Falle scharfer Verletzung der Grenzen muß der Völkerbund eingreifen. Die „Chicago Tribune“ behauptet endlich, daß Dr. Gaus und Franke eine feste Freundschaft geschlossen haben, und daß mit Hilfe von Sir Cecil Hurst alle Schwierigkeiten bei der Aufhebung des Paktes überwunden worden seien.

### Die Tschechoslowakei zu einem Schiedsvertrag bereit.

Berlin, 20. Sept. Der tschechoslowakische Gesandte Strota teilte heute im Namen seiner Regierung dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann unter Bezugnahme auf die in der letzten Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten ausgetauschten Notizen mit, daß die tschechoslowakische Regierung bereit sei, in Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages einzutreten.

### Mussolini geht nach Luzern.

In der Abendausgabe vom 17. September der mailändischen Faschistenzeitung „Il Secolo“ meldet der römische Korrespondent des Blattes, daß Ministerpräsident Benito Mussolini sich nun endgültig entschlossen habe, an der Paktkonferenz vom 6. Oktober in Luzern persönlich teilzunehmen. Gegenwärtig hält sich Mussolini im Canavese Gebiet auf, wo die großen norditalienischen Wanderverträge stattfinden. Er wird vor Abschluß der Außenministerkonferenz in Luzern nicht mehr nach Rom zurückkehren, da er am ganzen Verlauf der Wanderverträge teilnehmen will und hierauf sofort nach der Schweiz reist, um vorbereitende Unterredungen für die Paktkonferenz zu pflegen. Der Meldung des immer gut informierten „Secolo“ wird also Mussolini keineswegs einen Vertreter nach Luzern senden, sondern persönlich dort erscheinen.

### Tagung des Parteausschusses der Demokratischen Partei. Parteitag im Dezember.

Der Parteausschuß der Demokratischen Partei trat am Sonntag im Reichstagsgebäude zu einer Tagung zusammen und beschloß zunächst den allgemeinen Parteitag in den ersten Tagen des Dezember (etwa vom 4. bis 6.) in Breslau stattfinden zu lassen. Hierauf erstattete Reichsminister a. D. Koch Bericht über die abgelaufene Reichstagsession. Die wirtschaftspolitischen Referate wurden durch einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Fischer-Köln zur Finanz- und Steuerpolitik eingeleitet. Nachdem berichtete Abg. Meyer-Berlin über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion in der Zoll- und Handelspolitik. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Parteausschuß gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der von der Deutschen Demokratischen Partei stets vertretene Standpunkt in der Außenpolitik und zur republikanischen Reichsverfassung in steigendem Maße die selbstverständliche Grundlage der deutschen Politik geworden ist.“

Ferner fand folgende Entschließung Annahme:

„Der Parteausschuß spricht die Erwartung aus, daß die Fraktion des Reichstages und der Landtage bestrebt sein werde, eine Ausdehnung der unsozialen und rückständigen Ausgabesteuer für die Zwecke des allgemeinen Staatsbedarfes zu verhindern.“

Im Anschluß an ein Referat über den Reichsschulgesetzentwurf wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Deutsche Demokratische Partei den durch die Presse bekannt gewordenen Reichsschulgesetzentwurf, weil in Widerspruch stehend zur Verfassung, mit Entschiedenheit ablehnt. „Das geplante Reichsschulgesetz“ so heißt es in der Entschließung, „entzieht den Staat zugunsten einer kirchlichen Schulhoheit, es raubt dem deutschen Schulwesen jegliche Selbständigkeit, unterwirft alle Kinder, die durch die Verhältnisse gezwungen sind, Bekennnisschulen besuchen zu müssen, dem unerhörten Gewissenszwang und unterbindet jegliche Entwicklung im Sinne des Artikels 146 Absatz 1 der Verfassung. Der Gesetzentwurf leitet eine Merkmalisierung des gesamten Schulwesens ein, die zu heftigen, die Volkseinheit dauernd gefährdenden Kämpfen führen muß.“

Ueber die Stellung der Demokraten zur Regierung erklärte Reichsminister a. D. Koch u. a.: Mit unseren Erklärungen zur gegenwärtigen Regierung werden wir uns so lange zurückhalten, bis die Regierungsparteien unter sich einig sind. Wir wünschen keinen Regierungswechsel, weil wir der Meinung sind, daß die Verantwortung für die Notwendigkeiten unserer Außenpolitik auch einmal von der Rechten getragen werden.

### Vertagung der Mossulfrage.

Eingeholung einer Entscheidung des Haager Gerichtshofes.

Genf, 19. Sept. In der Mossulfrage hat der Dreier-ausschuß, dem Under, Cuinones de Leon und Guant angehören, beschlossen, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über die Frage herbeizuführen, ob der Beschluß des Völkerbundesrates betreffend die

Grenzfestsetzung zwischen der Türkei und dem Irak einstimmig oder mit Stimmenmehrheit zu erfolgen hat. Die Mossulfrage wird also, wie die Schweizerische Telegraphen-Agentur mitteilt, während der gegenwärtigen Tagung des Rates nicht gelöst werden.

Der Völkerbundsrat hat die vom schwedischen Ratsmitglied Under zur Mossulfrage gemachten Vorschläge auf Ueberweisung zweier juristischer Vorträge an den Internationalen Gerichtshof im Haag angenommen.

Loucheur-Frankreich, der heute nachmittag zum ersten Male dem Völkerbundsrat präsierte, wies vor Sitzungsbeginn auf die Notwendigkeit der schnellen Erstattung eines Gutachtens durch den Internationalen Gerichtshof hin und erinnerte beide Parteien an die im Oktober vorigen Jahres gemachte Zusage, daß sie sich der Entscheidung des Völkerbundsrates unterwerfen würden.

In der fast zweistündigen Aussprache vor dem Völkerbundsrat über die Vorschläge des schwedischen Außenministers Under in der Mossulfrage erklärte der englische Kolonialminister Amery, daß der Vorschlag Underns bedauerlicherweise eine Vertagung der Entscheidung mit sich bringe. Er hoffe aber, daß das Gutachten raschestens abgegeben werde, da jede Verzögerung schwerwiegenden Verwaltungstechnischer Art an der streitigen Grenze verursache. Eine weitere Gefahr liege darin, daß die türkische Regierung sich nicht wie die englische von neuem dazu verpflichtet habe, den Status quo, wie er durch die Brüsseler Linie festgelegt sei, aufrechtzuerhalten. Amery unterstrich dann die grundsätzliche Bedeutung der dem Internationalen Gerichtshof vorgelegten Prozedurfragen, da auch andere Regierungen eines Tages vor dem Völkerbundsrat in dem gleichen Fall kommen könnten, wie heute die türkische und die englische. Das Angebot der türkischen Regierung wegen Abschlußes eines Sicherheitspaktes werde von England in Erwägung gezogen werden. Der Abschluß eines solchen Vertrages könne aber erst nach Regelung der Mossulfrage erfolgen. Die Zuständigkeit des Völkerbundsrates für die Entscheidung des Mossulkonfliktes ist für den englischen Kolonialminister außer Zweifel. Nach seiner Auffassung sind die von Under gestellten beiden Fragen die einzigen, die dem Haager Gerichtshof überhaupt zur Begutachtung vorgelegt werden dürfen. Zur möglichst raschen Beilegung des Mossulkonfliktes verlangt er schließlich die Einberufung einer außerordentlichen Session des Internationalen Gerichtshofes, so daß die Entscheidung spätestens in der nächsten Session des Völkerbundsrates im Dezember v. J. erfolgen könne.

Der türkische Außenminister Tewfik Bey betonte, daß die türkische Delegation während der gegenwärtigen Ratstagung alles getan habe, um die guten Beziehungen zwischen England und der Türkei zu fördern und dem Rat seine schwierige Aufgabe zu erleichtern. Die türkische Regierung habe die

### Volksabstimmung

im Mossulgebiet angeboten, d. h. in einem Gebiet, das unbestreitbar heute unter türkischer Souveränität stehe. Sie habe ferner Abschnitte des Gebietes von Diala angeboten, das nach der Auffassung der Völkerbunds-Kommission für das Mossulgebiet zur Bemessung des Strafgebietes von außerordentlicher Wichtigkeit sei, und habe schließlich den

### Abschluß eines Sicherheitspaktes

zwischen der Türkei und England vorgeschlagen. Wichtig sei es nach seiner Ueberzeugung keine andere Möglichkeit für die Lösung der Streitfrage, als die Zuweisung des umstrittenen Gebietes an die Türkei. Hinsichtlich der Befugnisse des Völkerbundsrates vertrat der türkische Außenminister den Standpunkt, daß beide Parteien bisher nur übereingekommen sind, sich die Vermittlerdienste des Völkerbundsrates zur Regelung der Streitfrage zu sichern, nicht aber die Entscheidung des Völkerbundsrates anzuerkennen. In diesem Zusammenhang erinnerte Tewfik Bey an eine Erklärung Lord Curzon, die er am 28. Januar 1923 bei den Friedensverhandlungen in Lausanne abgegeben habe, und in der ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Entscheidungen des Völkerbundsrates, bei denen die Türkei vertreten sein solle, einstimmig angenommen werden müssen, daß also keine Entscheidung ohne die Zustimmung der Türkei erfolgen könne. Die türkische Regierung sehe deshalb keine Notwendigkeit, die Angelegenheit, die im wesentlichen ausgesprochen politischer Charakter habe, an den

### Marokkobericht.

Madrid, 20. Sept. Privatnachrichten aus Nordafrika schildern die Lage der in Alhucemas gelandeten Spanier als sehr kritisch. Der Landungskorps, das etwa 10 000 Mann stark ist, leidet nicht nur unter Wassermangel, sondern auch unter Lebensmittelmangel. Der feindliche Druck nimmt täglich zu, so daß die spanische Linie verkürzt werden mußte. Fast alle Landungsbaracken liegen auf Klippen auf, die unter dem Wasser verborgen sind. Wenn der Sturm an der marokkanischen Küste noch zwei Wochen andauert, kann die Lage der Landungskolonnen verzweifelt werden. Entgegen den offiziellen Meldungen hatten die spanischen Truppen kürzlich bei Tetuan etwa 2000 Mann Verluste an Toten und Verwundeten zu beklagen.

Im westlichen Gebiet, bei den Beni Jermal, haben sich weitere Stämme unterworfen. Einige kleine Stämme haben als Unterpfand für die Aufrichtigkeit ihres Angebotes Munitionsdepots angeliefert. Bei Chaffalt sind auf diese Weise mehr als 1000 Granaten den Franzosen ausgeliefert worden. Die Stämme der Beni Brahim und der Beni Ma haben die Franzosen gebeten, verschiedene Punkte ihres Hinterlandes zu besetzen, um ihr Gebiet zu schützen. Im mittleren Frontabschnitt säubert die dort operierende französische Abteilung beide Ufer des Ueghafusses und treibt den Feind nach Norden zurück. Im östlichen Frontabschnitt, wo das 19. Armeekorps operiert, sind verschiedene Angriffe des Feindes auf einen französischen Posten zurückgewiesen worden. Die Brennas ziehen sich allmählich in die früher von ihnen bewohnten Ortschaften zurück.

### Die Wirtschaftskrise in Polen.

Warschau, 20. Sept. Ueber eine Konferenz der Sejm-Klubführer beim Sejmarschall Rataj, in der Ministerpräsident Grabki über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens Bericht erstattete, wies die „Miejscowolita“ zu berichten, daß das Ergebnis der Verhandlungen für den Ministerpräsidenten geradezu niederschmetternd gewesen sei. Die amtlichen Klubführer hätten den Ministerpräsidenten aufgefordert, noch vor Ende des Monats ein Programm vorzulegen, wie die Regierung den finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen will. Die Konferenzteilnehmer sollen nach dem Blatte den Eindruck gewonnen haben, daß Ministerpräsident Grabki Schwierigkeiten gegenüberstehe, die er nicht werde bewältigen können.

### Oberschleifen der Hexenkessel Europas!

London, 20. Sept. In einem Aufsatz des „Sunday Express“ schildert Sir Robert Donald auf Grund seiner Studienreise durch Oberschleifen die unheimlichen Zustände, die durch die Beschädigung dieses Gebietes geschaffen wurden und bezeichnet Oberschleifen als wahren Hexenkessel Europas, der jedwergert überfallen könne.